

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N^o. 50.

Donnerstag, 8. Dezember.

1881.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besorgt der Verlag, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Sendungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Packverfahre notwendig und darf keine Rücksichtslosigkeit verübt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu tilgen, und letztere dadurch zu schädigen. Hauptersforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unverfängliche Zusendungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich der größte Vorsicht Rücksichtnahme. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Abonnements

werdet nur beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegenzunehmen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrespreis von:
Nr. 1 — für die Schweiz (Kreuzband)
Nr. 2 — für Deutschland (Gouvern.)
Nr. 3 — für Oesterreich (Gouvern.)
Nr. 4 — für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate

Die Verlagshaus Poststelle
25 Stk. — 20 Pf.

Unsere auswärtigen Abonnenten.

Fiktionalen, Vertrauensleuten u. legen wir ans Herz, Abrechnungen und Abonnementsverneuerungen, soweit noch nicht erfolgt, ungehäumt zu bewirken, ebenso wollen alle Abonnenten an unsere Vertrauensleute unbedingt während des ersten Monats im Quartal Zahlung leisten, damit keine Unterbrechung in der Lieferung eintreten muß.

Unsere Vertrauensadressen sind bekannt. Alle Lieferungen erfolgen nur auf Gefahr der Besteller. Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen. Größere Beträge in Papiergeld oder Post-Einzahlung. Da viele auswärtige Besteller, besonders in Deutschland, sowie in Oesterreich, ihre Briefe immer wieder ungenügend frankieren, wodurch uns erhebliche Verluste durch Strafsport entstehen, so bemerken wir hiermit wiederholt:

Einfache Briefe (bis zu 15 Gramm) nach der Schweiz kosten:

- aus Deutschland (und dem übrigen Ansland) . . . 20 Pfg.
 - aus Oesterreich-Ungarn 10 Kr.
 - Bei schwereren Briefen kosten immer je 15 Gramm weitere 20 Pfg. 10 Kr.
- Die Genossen wollen hierauf in Zukunft um so mehr achten, als wir ungenügend frankierten Sendungen in der Regel die Annahme verweigern müssen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

† Jenny Marx, geb. v. Westphalen.

Wiederum hat der Tod sich ein Opfer geholt aus den Reihen der alten Garde des proletarischen, revolutionären Sozialismus. Am 2. Dezember d. J. starb in London, nach langer schmerzhafter Krankheit die Gattin von Karl Marx.

Sie war geboren in Salzwedel. Ihr Vater, bald darauf als Regierungsrath nach Trier versetzt, wurde dort eng befreundet mit der Familie Marx. Die Kinder wuchsen zusammen heran. Die beiden hoch begabten Naturen fanden sich. Als Marx die Unversität bezog, war die Gemeinsamkeit ihrer künftigen Geschicke schon entschieden.

1843, nach der Unterdrückung der ersten, eine Zeilung von Marx redigirten „Rheinischen Zeitung“, war die Hochzeit. Von da an hat Jenny Marx die Schicksale, die Arbeiten, die Kämpfe ihres Mannes nicht bloß getheilt, sie hat daran mit dem höchsten Verständniß, mit der gläubigsten Leidenschaft Antheil genommen.

Das junge Paar ging nach Paris, in ein freiwilliges Exil, das nur zu bald ein wirkliches wurde. Die preussische Regierung verfolgte Marx auch da. Alexander v. Humboldt gab sich dazu her, bei der Erwirkung eines Ausweisungsbefehls gegen Marx mit thätig zu sein. Die Familie wurde nach Brüssel getrieben.

Es kam die Februarrevolution. Während der in ihrem Gefolge auch in Brüssel ausbrechenden Unruhen wurde nicht bloß Marx verhaftet. Die belgische Polizei ließ es sich nicht nehmen, auch seine Frau ohne allen Anlaß ins Gefängniß zu werfen.

Der revolutionäre Aufschwung von 1848 brach schon im nächsten Jahre zusammen. Neues Exil, zuerst in Paris, dann infolge emueuerter Einmischung der französischen Regierung, in London. Und diesmal war es in der That für Jenny Marx ein Exil mit allen seinen Schrecken. Den materiellen Druck, unter dem sie ihre beiden Knaben und ein Töchterchen ins Grab sinken sah, hätte sie trotzdem verwunden. Aber daß Regierung und bürgerliche Opposition, von der vulgärliberalen bis zur demokratischen, sich zusammen thaten zu einer großen Verschwörung gegen ihren Mann; daß sie ihn mit den elendesten, niederträchtigsten Verleumdungen überschütteten; daß die gesammte Presse sich ihm verschloß, ihm jede Vertheidigung abschchnitt, so daß er momentan wehrlos dastand vor Gegnern, die er und sie verachten mußten — das hat sie tief getroffen. Und das dauerte sehr lange.

Aber nicht für immer. Das europäische Proletariat kam wieder in Existenzbedingungen, in denen es sich einigermaßen selbstständig bewegen konnte. Die Internationale wurde gestiftet. Von Land zu Land drang der Klassenkampf des Proletariats und unter den Vordersten kämpfte ihr Mann, der Vorderste. Da begann für sie eine Zeit, die manche harte Leiden aufwog. Sie erlebte es, daß die Verleumdungen, die hageldicht auf Marx herabregnet, wie Spreu vor dem Winde zerfielen; daß seine Lehren, die zu unterdrücken alle reaktionären Parteien, Feudale wie Demokraten, so ungeheure Mühe aufgewendet, nun von den Dächern gepredigt wurden in allen zivilisirten Ländern und in allen gebildeten Sprachen. Sie erlebte es, daß die proletarische Bewegung, mit der ihr ganzes Sein verwaften war, die alte Welt von Rußland bis Amerika in ihren Fugen erschütterte und allem Widerstand zum Trotz immer siegesgewisser vorwärts drang. Und eine ihrer letzten Freuden war noch der schlagende Beweis unerwähllicher Lebenskraft, den unsere deutschen Arbeiter in den letzten Reichstagswahlen gaben.

Was eine solche Frau, mit so scharfem, kritischem Verstande, mit solch politischem Tact, mit solcher Energie und Leidenschaft des Charakters, mit solcher Hingabe für ihre Kampfgenossen, in der Bewegung während fast vierzig Jahren geleistet, das hat sich nicht an die Öffentlichkeit vorgebracht, das steht nicht in den Annalen der zeitgenössischen Presse verzeichnet. Das muß man selbst mit erlebt haben. Aber das weiß ich: wenn die Frauen der Kommunesüchtlinge ihrer noch oft gedenken werden, so werden wir Anders noch oft genug ihren kühnen und klugen Rath vermissen — kühn ohne Prahlerei, klug ohne der Ehre je etwas zu vergeben.

London, den 4. Dezember 1881.

Friedrich Engels.

Lehrreiche Zahlen.

Um die vortreffliche Wirkung der Schutzölle schlagend darzulegen, veröffentlicht die „Nordd. Allgem. Zeitung“ eine Zusammenstellung aus dem diesmaligen Jahresbericht des „Bochumer Vereins für Bergbau- und Gußstahlfabrikation“, welche in mehr als einer Beziehung interessante Aufschlüsse gibt, und mit der wir uns daher heute eingehender beschäftigen wollen. Beginnen wir ohne weitere Einleitung mit dem Abdruck der Tabelle. Nach derselben betrug:

im Geschäftsjahr	Arbeiterzahl, Durchschnitt pro Jahr.	Durchschnittliche Produktion.	Erport.	Werb-Einnahme.	Gesammte-Erhöht.	Durchschnittserhöht pro Mann u. Jahr.
1. Juli 1871/72	3400	35,528	1,676	15,610,000	3,482,000	986
" 1872/73	4077	45,607	2,172	22,459,000	4,794,000	1152
" 1873/74	3761	50,897	8,093	24,292,000	4,425,000	1192
" 1874/75	3448	52,472	20,030	19,549,000	4,004,000	1114
" 1875/76	2696	54,669	29,242	14,892,000	3,857,000	988
" 1876/77	2627	56,940	33,112	12,846,000	2,517,000	889
" 1877/78	2507	59,518	25,855	12,504,000	2,445,000	912
" 1878/79	2719	70,104	27,934	11,889,000	2,809,000	903
" 1879/80	3042	79,667	30,106	12,584,000	2,826,000	874
" 1880/81	3693	102,112	60,196	17,704,000	3,600,000	926
1/7.-1/10. 1881	4161	31,342	15,920	5,800,000	1,072,000	ca. 240 oder pro Jahr ca. 960

Diese Zahlen sind allerdings geeignet, Ueingezeichneten Sand in die Augen zu streuen; wer sie oberflächlich liest, sollte wirklich meinen, es beginne nunmehr, Dank der Aera der Schutzölle, wieder die goldene Zeit für die Industrie im Allgemeinen und die Arbeiter im Besonderen. Sehen wir uns dieselben aber etwas näher an, so präsentiren sie uns ein ganz anderes Bild und das Gold der „Norddeutschen Allgemeinen“ erweist sich als gemeines Talmi.

Wenn wir zunächst die jährliche Produktion durch die jeweilige Anzahl der Arbeiter dividiren, so finden wir, daß von 1871/72 an ununterbrochen von Jahr zu Jahr eine größere Summe von Produkten auf den Mann entfällt.

Ein Arbeiter produzierte nämlich nach obiger Zusammenstellung

im Geschäftsjahr	1871/72	10-15
" 1872/73	11-19	
" 1873/74	13-53	
" 1874/75	15-22	
" 1875/76	20-28	
" 1876/77	21-67	
" 1877/78	23-78	
" 1878/79	25-87	
" 1879/80	26-19	
" 1880/81	27-65	
" 1881	30-13	

(1 Tonne = 1000 Kilogr.)

Eine nahezu dreifach so große Produktmenge liefert heute ein Arbeiter als im Jahre 1871/72. Selbstverständlich ist dies nicht eine Folge der größeren technischen Ausbildung oder physischen Anspannung des Arbeiters — eine solche Steigerung wäre undenkbar — sondern fast ausschließlich auf Konto der verbesserten und vervollkommenen Einrichtungen zu setzen. Gerade auf dem Gebiet der Gußstahlfabrikation sind ja bekanntlich in den letzten Jahren wahrhaft epochenmachende Erfindungen zu verzeichnen gewesen. Es zeigt sich daher in diesem echt modernen Industriezweige unverhüllt die Tendenz der heutigen Produktionsweise, die Ausgaben für Löhne gegenüber den Ausgaben für Maschinenanlagen u. zu vermindern, d. h., um mit Marx zu reden, das konstante Kapital auf Kosten des variablen zu vergrößern. Es werden immer mehr Arbeiter überflüssig gemacht, und in weiterer Folge sinken auch die Löhne immer tiefer. Dieser Vorgang wird nur verschleiert dadurch, daß die Löhne in Geld gezahlt werden und nicht in Lebensmitteln, die Preise der letzteren aber in der Schutzölle-Aera erheblich gestiegen sind. Vergleichen wir jedoch den Durchschnittslohn mit der Gesamtein-

nahme, so entfällt auf den Arbeiter vom Erlös seines Antheils an der Gesamtproduktion:

Im Jahre 1878/79, also vor der Schutzölle:

20-58 Proz. d. h. 903 Mk. auf je 4387 Mk.
Seit Einführung der Schutzölle aber:
1880/81 nur 19-31 Proz. d. h. 926 Mk. auf je 4794 Mk.
Und wenn wir das erste Quartal des Geschäftsjahres 1881/82 für das ganze Jahr als maßgebend annehmen, gegenwärtig 17-22 Proz. d. h. 960 Mk. auf je 5576 Mk.

Das ist ein ganz erheblicher Rückgang; man sieht, wer den Löwenantheil der segenspendenden Schutzölle davonträgt. Noch deutlicher wird die Sache, wenn wir die Prozentzahlen in absolute übersetzen.

Der Arbeiter produzierte:

	Tonnen.	Preis pro 100 Kilo. Mk.	Mehrerlös. Mk.	Durchschnittslohn. Mk.	Lohn-erhöhung. Mk.
1878/79	25-87	16-96		903	
1880/81	27-65	17-33	405-00	926	23
1881/82	30-13	18-50	782-00	960	34

Welche bescheidene Lohnverhöhung gegenüber dem kolossalen Mehrerlös! Selbst wenn wir annehmen, daß die Preissteigerung lediglich eine Folge des Steigens der Preise des Rohmaterials (Erze u.) war, worüber uns zuverlässige Daten im Augenblick nicht zur Verfügung stehen, so produzierte der Arbeiter ein Mehr von:

1880/81 gegen 1878/79 1-78 Tonnen à 16-96 = Mk. 301-89 bei einer Lohnsteigerung von 23 Mk.
1881/82 gegen 1880/81 1-48 Tonnen à 17-33 = Mk. 429-78 bei einer Lohnsteigerung von 34 Mk.

Die geringe Lohnsteigerung entspricht knapp der Steigerung der Lebensmittelpreise*, der ganze Mehrertrag der Produktion aber wandert in die Tasche der Kapitalisten. Das ist nichts Neues, aber es ist gut, wenn es an einem so drastischen Beispiel bewiesen werden kann. Ja, nur der kolossalen, durch den außerordentlichen Mehrbedarf Amerika's hervorgerufenen Steigerung des Exportes — die übrigens jetzt nachzulassen scheint — ist es zuzuschreiben, daß nicht anstatt weiterer Einstellung weitere Entlassung von Arbeitern und infolge dessen Lohnherabsetzung oder mindestens Lohnstagnation stattgefunden hat. Seit dem Jahre 1871/72 ist die Produktivität um das Dreifache gestiegen, der Preis des Produktes aber, das damals 42-75 Mk. pro 100 Kilo kostete, nur bis 1878/79 entsprechend der größten Produktivität gefallen. Heute kosten 100 Kilo Gußstahl 18-50 Mk. anstatt 14-25 Mk. Der Lohn ist dagegen heute nicht einmal ganz so hoch als im Jahre 1871/72 — nicht wahr, lieber Leser, die Herren Kommerzienrath Vaare, der Vorsitzende, und sein Schwager Wilhelm Löwe — der frühere Kalbe, jetzt aber kein Döse — Mitglied des Aufsichtsraths dieser Gesellschaft, haben allen Grund, für die Vortrefflichkeit der neudeutschen Wirtschaftspolitik eine Lanze einzulassen? Um so undankbarer aber war es zweifelsohne von den Bochumer Arbeitern, daß sie ihrem „väterlichen Freund“ Löwe bei den letzten Wahlen einen so schmerzhaften Durchfall bereiteten.

Es könnte indeß immer noch Leute geben, welche durch die obigen Zahlen nicht überzeugt sind, da dieselben keinen ziffermäßigen Anhalt für das Steigen des Reinertrages im Verhältniß zu den Löhnen liefern, sondern nur den Bruttoerlös angeben.

Für diese liefert die „Nordd. Allgemeine“ am 2. Dezember (Nr. 563) folgendes „interessante Material“:

Auf der Zister Hütte (Hannover) betrug:

Im Jahre	Abfag: Kilogr.	Betriebsüberschuß: Mark
1878	69,280,000	649,963
1879	76,574,010	614,572
1880	80,207,290	1,569,290

Während die Produktion von 1878 bis 1880 um ca. 16 Proz. stieg, stieg der Betriebsüberschuß um über 140, sage einhundertvierzig Prozent! Für das Jahr 1879, wo der Betriebsüberschuß trotz der gesteigerten Produktion geringer war als im Jahre 1878 erhielten die Aktionäre 10 Proz. Dividende, für 1878 dürfte somit eine Dividende von 25 Proz. zur Vertheilung gelangen. Der Kapitalist, der so glücklich ist, diese Aktien im Schranke ruhen zu haben, kann sich vergnügen die Hände reiben und bei Aukeren und Champagner ein feuriges Hoch über das andere auf den Schutz der „nationalen Arbeit“ ausbringen. Die nationalen Arbeiter aber — von denen schweigt die „Norddeutsche Allgemeine“ wohlweislich, von den Löhnen

*) Für die Steigerung der Preise der nothwendigsten Lebensmittel seit Eintreten der Schutzölle hat die Reichsregierung selbst den amtlichen Beweis geliefert, indem sie den Entscheidungssatz für die Naturalverpflegung der Soldaten in Bürgerquartieren von 0,80 Mk. pro 1879 auf 0,85 Mk. pro 1880 und 1,00 Mk. pro 1881, d. h. pro Mann um 20 Pfennige per Tag = 73 Mark im Jahre erhöhte. Demnach bedarf jeder verheirathete Arbeiter, der sich, seine Frau und ein Kind genügend ernähren will, selbst wenn Frau und Kind zusammen nur soviel Nahrung verbrauchen als er, jährlich 146 Mk. mehr als im Jahre 1879. Aber der Arbeiter ernährt sich trotz der Schutzölle, ja das Sinken wird durch die Schutzölle, wie man sieht, noch beschränkt.

sieht in dem Bericht über den glänzenden Mehrertrag der Albeder Hütte kein Wort. Das Mißverhältnis liegt aber für Jeden, der Zahlen zu lesen versteht, auf der Hand. Der kolossale Mehrüberschuß wäre nicht möglich, wenn die Löhne eine nur nennenswerthe Steigerung erfahren hätten — aller Wahrscheinlichkeit nach sind sie aber nicht einmal um den Satz der Erhöhung der Lebensmittel gestiegen, sonst hätten sie in dem Hymnus sicherlich mit aufmarschieren müssen.

Die Herren Stöcker, Schulze, Henriki und Konsorten reiten da, wo sie gegen sozialistische Erweiterungen geschickt sind, mit Vorliebe auf der Phrasen herum, Marx und Lassalle hätten nur das „produktive Kapital“ angegriffen, die Arbeiter nur gegen die eigentlich so unschuldigen Fabrikanten aufgebracht, während sie den Handel und die Börse, wo ihre jüdischen Glaubensgenossen herrschen, und unter denen Fabrikanten und Arbeiter gleichmäßig leiden, wohlbedacht verschont hätten. Abgesehen davon, daß dieses alberne Gerede durch unzählige Stellen aus Marx und Lassalle auf's Schlagendste zu widerlegen ist, zeigt es neben dem Verleumdungssystem dieser „Arbeiterfreunde“ auch den Verderb ihres „christlichen Sozialismus“. Wer einem „Gistbaum“ nur die Auswüchse abschneidet, der stärkt ihn, anstatt ihn zu beseitigen, wer ihn aber ernsthaft beseitigen will, der muß die Art bei der Wurzel anlegen. Die Wurzel des Gistbaums der heutigen Gesellschaft ist die Ausbeutung des besitzlosen „freien“ Proletariats durch den kapitalistischen Unternehmer, nennt er sich nun Christian oder Jhig, Aktiengesellschaft oder „Staat“. Solange diese Wurzel unbeschädigt bleibt, wird an Stelle jedes emsternen Auswuchses ein neuer, oft noch viel verderblicherer treiben, mindestens aber der Baum selbst desto üppiger gedeihen. Die Deklamationen der christlich-Sozialen und Staats-Sozialisten gegen die Börse und den Handel sind nur ein schwacher Ablass aus den Schriften der wirklichen Sozialisten, nur ein Mittel, das böse Gewissen der heutigen Ausbeutergesellschaft zu überlügen. Die Zahlen, welche wir oben aufgeführt haben, zeigen deutlich, daß, wie auch der Kampf der herrschenden Klassen unter sich ausfallen möge, die Arbeiter doch stets die Geprüllten sind.

Der „christliche Sozialismus“ will nicht das Lohnsystem überhaupt abschaffen, sondern es vielmehr verewigen, er will lediglich das seiner Klassenlage nach revolutionäre Proletariat in ein lammfrommes, christlich-erzogenes verwandeln. Stöcker ist, so sehr er auch auf ihn schimpfen und von ihm beschimpft werden mag, nichts als der Zwillingbruder von Märchen Hirsch, dem Harmonie-Apostel.

Die Weiben unterscheiden sich nur dadurch, daß der Eine die Interessen der konservativen, der Andere die der liberalen Bourgeoisie vertritt, wo Stöcker praktisches Christenthum sagt, sagt Hirsch Humanität, wo Hirsch freie Konkurrenz sagt und internationale Ausbeutung meint, sagt Stöcker Schutz der nationalen Arbeit und meint Schutz der nationalen Ausbeutung. Und daß sich die Arbeiter bei der nationalen Ausbeutung nicht besser stellen als bei der internationalen, das zeigen die obigen „Lehrreichen“ Zahlen.

Briefe eines Achtundvierzigers.

Berlin, 3. Dezember 1881.

Im Reichstag erfolgt jetzt die Auseinandersetzung der alten Parteien unter sich. Bismarck und seine Konservativen auf der einen, die liberalen Oppositionsparteien auf der anderen Seite, das Zentrum ausschlaggebend in der Mitte, und die Sozialdemokraten bis aus weiteres als Zuschauer, mit dem Motto: Jeder dieser Ehrenmänner wird vom Andern abgehau.

Mögen sie tüchtig aufeinander losschlagen; je mehr Säbne fliegen, desto besser für uns. Deshalb haben wir kein Interesse daran, diese Auseinandersetzung zu führen und die Vögelleiter zu spielen. Selbstverständlich werden unsere Vertreter dafür sorgen, daß unser Parteistandpunkt bei passender Gelegenheit aufs Energischste gewahrt und dem verlogenen Fortschritt die Heuchlermaske vom Antlitz gerissen wird. Bei Besprechung des neuen Belagerungszustandes und bei der dritten Lesung des Etats wird dies am zweckmäßigsten geschehen. Schon bei der ersten Generaldebatte über den Etat wäre einer der Unsrigen aufgetreten, allein Fiedlmecht, der dazu bestimmt war, und am zweiten Tage zu reden beabsichtigte — die Debatte sollte sich, den vorherigen Abmachungen nach, über drei Tage erstrecken — hatte natürlich keine Lust, sich nach der bekannten Scene zum Wort zu melden und dadurch das Prestige der Regierung abzuwenden. Hätte er gesprochen, so würde die liberale Partei haben antworten müssen, die parlamentarische Schlacht wäre wieder her-

Feuilleton.

Der Staatssozialismus.

Ich will hier nicht von jenem Gemisch von Nullarbeit und höherer Panzerkrieger reden, welches sich in letzter Zeit in Deutschland so breit gemacht hat; über das sind wir Sozialdemokraten ja einig.

Rehen diesem reaktionären Pseudo-Sozialismus gibt es aber auch einen modernen Sozialismus, der die Forderungen der Sozialwissenschaft vollständig vertritt, ihre Durchführung aber ebenso wie jener vom Staete erwartet.

Wie steht es mit der Staatshilfe?
Diejenigen, welche vom Staete die Durchführung der sozialistischen Forderungen verlangen, gehen meist von dem Satze aus: Aufgabe des Staates sei es, den Schwachen gegen den Starcken zu schützen. Dieser Satz beruht auf der Vertragstheorie, die am Ende des 16. Jahrhunderts sich bildete, im vorigen Jahrhundert die Wissenschaft beherrschte und heute noch, namentlich in der Jurisprudenz eine große Rolle spielt.

Diese Theorie sagt: Im Urzustande war der Mensch isolirt; einzam strich er durch die Wälder, um seine Nahrung zu suchen. Bald kamen sich die einzelnen Individuen ins Gehege, der Stärkere unterdrückte den Schwächeren und es herrschte ein Krieg Aller gegen Alle. Um diesem Krieg ein Ende zu machen, schlossen die verschiedenen Individuen einen Vertrag untereinander, in welchem sie einen Theil von ihrer Freiheit an eine von ihnen eingewählte Obrigkeit abtraten, damit diese den Friedenszustand unter ihnen aufrecht halte und den Starcken hindere, den Schwachen zu unterdrücken. Der Nöthbrauch dieser, der Obrigkeit vom Volke verliehenen Gewalt hat dann die Uebel der heutigen Gesellschaft und des heutigen Staatswesens mit sich gebracht. Es gibt also bloß zwei Faktoren im Staatsleben, die von entscheidender Bedeutung sind: die Regierung — möge sie nun monarchisch oder republikanisch sein — und das „Volk“. Die Regierung hat für das ganze „Volk“ zu sorgen, sie hat über den Parteien und Klassen zu stehen, die schwächere Partei und schwächere Klasse vor der Ausbeutung der stärkeren zu schützen.

Dies die Theorie, auf welche sich der republikanische Sozialismus eines Louis Blanc, der monarchische eines Lorenz v. Stein und Schäffle stützt.

Diese Theorie ist sehr schön, sie hat nur einen Fehler: sie ist falsch. Das Zusammenleben der Menschen beruht nicht auf einem Vertrage, sondern liegt in der Natur der Menschen. Das soziale Leben des Menschen beruht auf sozialen Trieben, welche er von seinen offenartigen Vorfahren ererbt hat, und welche ebenso wichtig wirken, wie bei der Schwabe der Trieb, ein Nest zu bauen oder im Winter gen Säben zu ziehen. Der Mensch stammt von Affen ab, welche in Heerden leben,

gestellt, und der Regierung Zeit verschafft worden, ihre Niederlage einzugehen wieder gut zu machen. Keiner der Unsrigen konnte sich dazu hergeben, der Regierung einen Dienst zu leisten.

Die Triumphe des Herrn Richter sind kurzlebiger Art. Indem die Herren Fortschrittler die Autorität der Regierung untergraben, arbeiten sie nur für die Sozialdemokratie, die allein den „Ruth und den Willen“ hat, die Konsequenzen zu ziehen. Ueberhaupt ist es der unfreiwillige Versuch der Fortschrittspartei, aus den Boden zu ebnen. Sind doch natürlich z. B. die Gewerkschaften des unglücklichen War Hirsch in Wahrheit Pflanzschulen der Sozialdemokratie. Die Fortschrittler säen, und wir Sozialdemokraten ernten.

Die Niederlage der Regierung in der ersten Budgetdebatte war um so blamabler, als Herr Richter absonst nichts Neues gesagt hatte. Von diesem mancherlei Fortschrittsheben gilt im vollsten Maß das bekannte Wort: Nichts gelernt, und nichts vergessen. In den Kreis seiner Finanzjournale eingebaut, hat er keinen Begriff von der gewaltigen sozialen Revolution, die sich ringsum vollzieht, und ist die auf den heutigen Tag nicht über den Freihandelskatholizismus der Fancher, Prince Smith, und wie die Volkswirtschafts-Charlatane der Reaktionszeit nach 1848 alle heißen mögen, hinausgekommen.

Treulich, die Manningerode und Bismarck, die hintennach ihren Rede- Strom in Fluth brachten, sind nicht die geeigneten Personen, die blamawürdige Unwissenheit eines Richters zu entfallen und an den Pranger stellen, da ihnen selbst die elementarsten Kenntnisse abgehen. Bismarck ist seit dem Frühjahr recht als geworden; die Macht scheint ihn weniger zu plagen, dafür ist er sehr zusammengelassen und sieht äußerlich ruinenhaft aus. In seinen „Blaudereien“ ist er noch konfusier und unglücklicher als sonst; und die parlamentarischen Reulunge, die einen „großen Mann“, eine „imposante Erscheinung“ erwartet hatten, fanden sich durchweg arg enttäuscht.

Charakteristisch für den Fortschritt ist, daß er sich an die Spitze des „Kulturkampfes“ gestellt hat. Herr Bismarck, der ja bekanntlich der Erfinder des Kulturkampfes ist, will sein Produkt nicht in Vergessenheit gerathen lassen. Er hatte aber am Mittwoch (30. Nov.) Unglück. Windthorst und Reichensperger fertigten ihn tüchtig ab, und namentlich hat letzterer das Verdienst, Herrn Bismarck und seine Genossen zur Verleugnung ihrer materialistischen Weltanschauung gezwungen zu haben. O dieser feige Fortschritt, der nicht einmal zu gehen mag, daß die moderne Wissenschaft, eben weil sie Wissenschaft ist, der Religion feindlich gegenübersteht, sie negirt. Herr Bismarck, dessen reaktionäre Neigungen seit seinem der Wissenschaft zugewandten: Bis hierher und nicht weiter, kein Geheimniß sind, ließ sich sogar zu der Erklärung verleiten, auf dem Boden der wahren Wissenschaft geheide die Religion am besten. Die wahre Wissenschaft des Herrn Bismarck besteht darin, daß sie, wie er am am Mittwoch wiederholte, unüberwindliche Schranken detretirt, über welche hinaus sie den Fuß nicht setzen darf. Doch er sich mit diesem Gefändnis auf den Boden der von ihm bekämpften Herren Windthorst und Reichensperger stellte, schien Herr Bismarck nicht zu ahnen.

Die zweite Beratung des Etats kann noch lang dauern, weil der Kulturkampf und andere ähnliche Materien bei jedem Anlaß in die Debatte gezogen werden und zu endlosen Geschwätz führen. Trotzdem wird der Etat wohl vor Weihnachten fertig werden. Daß unsere Vertreter gegen den Gesamtetat stimmen, und dieses Votum begründen werden, versteht sich von selbst.

Wenn die „Denkschriften“ über den neuen Belagerungszustand zur Verhandlung kommen, ist nicht bestimmt. Man scheint Neigung zu haben, die Sache möglichst in die Länge zu ziehen, vielleicht auf die Frühjahrssession zu verschieben. In diesem Falle würde seitens unserer Abgeordneten ein Antrag auf Beschlentigung eingebracht werden.

Es hieß, in den Reihen der Volks- und Fortschrittspartei werde ein Antrag auf Aufhebung des Sozialistengesetzes vorbereitet. Jetzt ist es aber davon wieder ganz stille. Die demokratischen Herren fürchten, die Konservativen könnten ihnen den Streich spielen und — aus Bosheit auf den Antrag eingehen. Und das wäre für die Herren Volkspartei und Fortschrittler, die dem Sozialistengesetz all ihre Wählerfolge verdanken, ein vernichtender Schlag.

Das erste Debut der „Volkspartei“ war beiläufig eine riesige Blamage. Der „große Volkstribun“ Karl Mayer, der das ganze deutsche Reich mit seiner Trompetensprache umblasen wollte, hielt eine Rede, so zahn und harmlos, und dabei so ungeschickt, wie kaum je eine im deutschen Reichstag gehalten worden. Statt die Donnerkeile seiner Rede gegen Bismarck und dessen Leute zu schleudern, bestete er vielmehr um — Dikten, und hat förmlich um Verzeihung, daß er überhaupt nach Berlin in den Reichstag gekommen. Kein Nationalliberaler hat je ähnliches gesehen. So sind sie, diese Volkerverammlungsgelöwen, die aber nur eine Uöwenhaut umgeworfen haben und Klaus Jettel oder Karl Mayer heißen.

Sozialpolitische Rundschau.

— Aus dem Reichstage ist wenig von Belang zu melden. Der deutsche Volkswirtschaftsrath ist, trotzdem Bismarck gerade-

und so weit wir die Entwicklung des Menschen zurückverfolgen können, finden wir ihn in Herden lebend.

Aber diese urwüchsigsten Herden sind noch kein Staat. Wir finden keine Regierung unter ihnen. Der Einfluß der Hauptlinge ist ein sehr schwacher, Gehorsam wird ihnen nur geleistet, insofern sie den Willen der Gesamtheit vertreten. Vieles sind sich unter Naturdiktoren Hauptlingen nur im Kriege.

Der Vertreter der Vertragstheorie wird dagegen einwenden: Wenn auch der urwüchsigste Mensch keinen Vertrag abschließt, um zum Staete zu gelangen, vielleicht thun das die einzelnen Stämme.

Solche Verträge, Amphiktyonien oder Edgenossenschaften finden wir allerdings schon frühzeitig. Selbst die Indianer Nordamerikas sind zu einer solchen gelangt. Die Triben bildeten eine Edgenossenschaft von fünf, später sechs Bundesvölkern, den Mohawks, Onondaga's, Seneca's, Onondaga's, Cayugas und seit 1712 den Tuscarora's. Aber auch diese Edgenossenschaft bildete noch keinen Staat, da jedes Bundesmitglied in eigenen Angelegenheiten vollkommene Unabhängigkeit bewahrte. Die Bundesversammlung konnte allerdings Beschlüsse fassen, aber nur mit Einstimmigkeit.

Von einer Obrigkeit, welche im Auftrage der Gesamtheit eine Zwangsgewalt über den Einzigen hätte allen können, war da keine Rede. Die Verwaltung des Bundes war also sogar schwächer, als die des einzelnen Stammes.

Der erste Staat, dem wir begegnen, ist der ägyptische. Unterfahren wir dessen Struktur näher. Wir finden hier allerdings eine Regierung — aber wie steht es mit dem „Volk“? Das „Volk“ besteht aus einer herrschenden und einer beherrschten Klasse und Klasse. Nur der beherrschten Klasse gegenüber hat die Regierung Autorität. Gegenüber der herrschenden Klasse mangelt es ihr vollständig an einer solchen. Den Griechen erschien die herrschende Klasse Ägyptens als Priesterkaste — es wäre zu weitläufig, auszuwählen, welche Umstände sie zu dieser Anschauung veranlaßten — und daher sagten sie: Die ägyptischen Sultane herrschen über Ägypten, die Priester aber beherrschen den Sultan. Die Regierung ist nur das Werkzeug der herrschenden Klasse, für die herrschende Klasse ist die Regierung bloß Verwaltung.

Die Regierung schwebt also nicht über dem „Volk“ in der Luft, wie der Geist Gottes über den Bewohnern, sie hat einen sehr soliden Stützpunkt unter sich: die herrschende Klasse. Ohne den Gegensatz zwischen herrschender und beherrschter Klasse giebt es keine Regierung, also auch keinen Staat.

Dies können wir vom ersten Staete an, den wir kennen, dem ägyptischen, bis auf die Neuzeit verfolgen. Ob es die Grundbesitzer oder das Lumpenproletariat sind, welche die Regierung in den Händen haben, oder

zu darum wüßte, mit 169 gegen 88 Stimmen verworfen worden. Die Herren Verfassungsparlamentarier haben Angst vor der Konkurrenz, daher ihre „monarchische“ Haltung gegenüber dem allmächtigen Reichstanzler. Selbstverständlich stimmten auch unsere Abgeordneten gegen den Bismarckischen Herzenswunsch, aber nicht aus Furcht durch die Reaktionen des „Reichsparlaments“ in Schatten gestellt zu werden, sondern lediglich, weil die vorgelegene Art der Zusammenfassung desselben eine durchaus un-demokratische ist, weil die Mitglieder des Volkswirtschaftsrathes nicht vom Volke sondern vom Kaiser gewählt werden sollen. Dann mag der Kaiser sie auch bezahlen, folgert der gesunde Menschenverstand. Die Herren Verfassungsparlamentarier hatten übrigens solche Eile, die Debatte, in der ihnen Bismarck mit bekannter Rücksichtslosigkeit einige unangenehme Dinge zu hören gab, abbrechen, daß sie über Hals und Kopf den ersten Schlufantrag annahmen. Unsere Genossen Frohme und Stollie, welche sich zum Wort gemeldet hatten, um unseren Standpunkt zu entwickeln, protestirten ganz energisch gegen dieses Verfahren, was beiden einen Ordnungsruf von Seiten des Herrn von Levey o. w. zuzog.

Als bei Beratung des Etats des Reichstanzlers die Rede auf die Auswanderung kam, konstairte Frohme mit scharfen Worten die sozialen und politischen Ursachen, welche die Massenwanderung aus Deutschland zur Folge haben. In letzterer Beziehung zeigte er, in welcher hervorragenden Weise das Sozialistengesetz zur Vermehrung der Auswanderung beigetragen.

Ueber die Auswanderungen Rittinghausens in den Sitzungen vom 20. November und 3. Dez. widersprechen sich die Zeitungsberichte, wir warten daher, ehe wir über dieselben referiren, den stenographischen Bericht ab. Der Verdacht aber, dem die mancherlei liberalen Presse über Rittinghausens Reden Ausdruck giebt, läßt uns vorläufig sehr kühl. Unsere Abgeordneten sind nicht den Herren Bamberger und Richter zu Gefallen in den Reichstag geschickt worden.

— Ueber alle Massen ergötzlich ist das Gemisch der Liberalen, daß ihr liebes Sozialistengesetz in Gefahr sei. Bismarck scheint einschließen, es aufgeben zu wollen, und auch in weiten Bevölkerungskreisen hört man, daß das Sozialistengesetz sich nicht bewährt habe und also abzuschaffen sei — so jammer und liegt es in allen „liberalen“ Zouaren, und die ehrwürdige Bourgeoisie giebt sich die edelstliche Mühe, dem guten Bismarck und den übrigen (bermeintlichen) Zweifeln begreiflich zu machen, daß das Sozialistengesetz doch sehr nützlich gewesen und auch fernherin noch notwendig sei. Nun — die Herren Bourgeois mögen sich beruhigen — Bismarck und die Majoritätsparteien (Fortschritt, Volkspartei und Exzeptionisten mit eingeschlossen) denken nicht daran, das Sozialistengesetz abzuschaffen. Was für uns Interesse hat, ist nur die Thatfache, daß die deutsche Bourgeoisie sich nicht mehr getraut, ohne Sozialistengesetz existiren zu können. Und sie läßt sich hierin auch nicht. Sie ist so durch und durch korruptirt, so feige und erbärmlich, und hat ihre Volkseindlichkeit und Gemeinwohlthätigkeit wirtschaftlich und politisch so klamm bewiesen, daß sie keine freie Diskussion mehr vertragen und nur durch Anbelang ihrer Begüter den Sturz auf einige Zeit hinausschieben kann. Treulich nicht auf lange Zeit, und gerade die Gewalt, vermittelt deren die Katastrophe abgemindert werden soll, wird zur Folge haben, daß die Katastrophe um so furchbarer und gründlicher ausfällt.

— Einen jämmerlichen Eindruck machen die dem Reichstag nunmehr zugegangenen Denkschriften über die Belagerung, bezw. Verlängerung des neuen Belagerungszustandes über Berlin, Hamburg, Altona, Harburg und Leipzig. Theils leere Redensarten, theils das thörichte Eingekindnis: Wir haben bis jetzt nichts erreicht, folglich wollen wir es noch ein Jahr versuchen. Unsere Abgeordneten werden bei der betr. Beratung diese „Denkschriften“ wohl näher beleuchten, so daß es eigentlich überflüssig wäre, ihnen vorzugreifen, indeß wollen wir doch an einzelnen Punkten zeigen, was die deutsche Volksgelug zu reizen vermag.

Das Leipziger Nachwerk erklärt den Belagerungszustand für geboten, weil vor Proklamirung des Sozialistengesetzes Leipzig der Zentralpunkt der sozialistischen Bewegung gewesen sei, weil die Sozialisten trotz Auflösung aller ihrer Vereine, trotz des Verbotes von 15 periodischen und 50 nichtperiodischen Druckschriften ihre Organisation aufrecht erhalten haben und weil sogar „in ihren geheimen Sitzungen“ — jüterer, deutscher Spießbürger! — „Anhänger der außerdeutschen, namentlich der russischen Umsturzpartei Zutritt erhielten und unerkennbare Symptome“ — o des Scharfsims! — „dafür zu Tage treten, daß sich unter den Anhängern der Sozialdemokratie der Gedanke an einen gemeinsamen Umsturz schon“ — dieses schon ist unbezählbar — „bis zu einem gewissen Grade eingebürgert hat.“ Das ist echt lächerlich! Daß nach drei Jahren in jenem Polizeivillkür der Gedanke (!) an einen Umsturz sich schon eingebürgert, nicht doch, nur bis zu einem gewissen Grade eingebürgert hat, das gibt — bedanke dich für das Kompliment, deutsches Volk! — „zu den schwersten Bedenken Anlaß.“ Wenn fällt da nicht der gemüthliche Sachse ein, wie er dem Berliner, der ihn mehrmals absichtlich auf den Fuß tritt, gereizt zuruft: Herren Se, mei lates Dhiersch, bei uns zu Hause sagt man wenigstens: Sopfa! wenn man Genen auf den Fuß tritt!

Soldat, Prätorianer, Rameleten, Janitscharen, ob Pfaffen, Adel oder Bourgeoisie, es ist stets eine Klasse, welche herrscht, eine Klasse, welche, wenn sie sich auch von unten emporgearbeitet, immer noch eine Klasse unter sich hat.

Die verschiedenen Eroberungen hatten im Alterthum verschiedene Stämme und Stände übereinander geschichtet, und ebenso die technische Entwicklung in der Neuzeit verschiedene Klassen. So sehr sich diese Klassen und Stände auch beschleunigen mochten, als sich gegen die römischen Optimaten die Lumpenproletarier oder die italischen Bundesgenossen oder die Provinzialen erhoben, der Bestand des Staates blieb ungeschädelt, so lange unter ihnen allen die große Masse der Sklaven ruhig blieb. Sobald sich aber die Sklaven erhoben, war der Bestand des Staates bedroht.

Und so ist es auch in der Neuzeit. Mögen Pfaffen und Adel, großes und kleines Kapital sich gegenseitig beschneiden, der Bestand des Staates ist ungeschädelt, so lange das Proletariat nicht seinen Ruf nach Gleichberechtigung erhebt. Die Gleichstellung des Proletariats mit den übrigen Klassen, oder richtiger, die Abschaffung der Klassenherrschaft, dieser Grundzug des Sozialismus, entkämpft die Vernichtung des Staates in sich.

Vom Staete erwarten, er werde diese Gleichstellung durchzuführen, heißt den freiwilligen Selbstmord von ihm erwarten. Von der Regierung der bestehenden Klassen je erwarten, daß sie den Bestrebungen des Proletariats durch ihre mächtige Hand zum Siege verhelfen werde, heißt Unmögliches von ihr zu erwarten. Die Macht der Regierung reicht nur so weit, als die Interessen der herrschenden Klassen es zulassen. Sie mag durch ein geschicktes Schauspiel zwischen den einzelnen Theilen der herrschenden Klassen eine von diesen unabhängige Macht erlangen, wenn diese Klassen zu korruptirt und einträumer sind, um ihre Selbstständigkeit zu wahren: Diese unabhängige Macht aber zerfällt vor dem geeinten Ansturm der herrschenden Klassen in dem Moment, wo sie der gemeinsamen Unterlage, der untersten Klasse, emporschieben will.

Der Staatssozialismus ist Sozialismus durch den Staat und für den Staat.

Er ist Sozialismus durch die Regierung und für die Regierung. Er ist also Sozialismus durch die herrschenden Klassen und für die herrschenden Klassen.

Die Abschaffung des Staates erscheint demnach als die notwendige Vorbedingung der Emanzipation des Proletariats.

Ob und inwieweit dies richtig ist, davon in einem nächsten Artikel.

Symmachos.

Der Verfasser der Hamburg-Altona-Harburg betreffenden Denkschrift hat sich nicht anders zu helfen gewagt, als daß er in seiner Noth auf den Londoner Anarchistenkongreß verweist. Schade nur, daß auf diesem Kongreß weder Hamburg noch Altona noch Harburg noch Berlin noch Leipzig vertreten waren, sondern nur „zwei süddeutsche Gruppen“! Auch die „Rostocher Flugblätter“ müßten aufmarschieren, obwohl Rostock seit Ende März im Gesängniß sich befindet.

Da haben es Madai und seine Helfershelfer verhältnismäßig am besten verstanden. Sie funkern zwar nicht geschickter, aber wenigstens unverschämter. Der Leipziger Hochverrathsprozeß hat nämlich „ersehen lassen, daß die hauptsächlich von dem Auslande ausgehenden agitatorischen Bestrebungen der extremen Partei in Deutschland bereits erheblichen Anhang gefunden haben.“ Sieht du, Bruder Sachse, „bis zu einem gewissen Grade“, das ist ja gar nichts gesagt, erheblich, das ist das rechte Wort. Die Berliner „Hochverräter“ mußten zwar freigesprochen werden, aber sie saßen doch 10 Monat in Untersuchungshaft — ist das nicht erheblich genug? Keiner wird mit dem Ausfall der Berliner Wahlen operieren. In einem Akten werden der „große Theil“ der Anhänger Rostock's, „die sich der Wahl enthalten haben“, und „die trotz aller Beschränkungen erzielten Resultate in den Wahlkreisen“ dafür in's Feld geführt, daß an ein Zurückgehen der Bewegung vorzuziehen nicht zu denken ist. Bei solcher Logik kann es natürlich gar nicht fehlen. Das ist aber nur das leichte Geschätz, um kommt erst das schwere. „Es werden Vorkommnisse“ — in New York nämlich — „über die Anfertigung und Anwendung von Explosivstoffen verurtheilt“. — Aber Madai, die werden ja in Berlin trotz des „kleinen“ verurtheilt! Warum weisen Sie denn den Unstiller, der sie obdient, nicht aus? Warum darf ein Hofmann in seinem prachtvollen Laboratorium ungehindert die revolutionären Experimente vornehmen? Madai, Madai, das ist höchst bedenklich! Es kommt aber noch schöner. „In einer vor kurzer Zeit abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Londoner Propagandisten-Klubs und des Kongreß-Exekutivkomitees wurde mit Betriedigung konstatiert, daß die Bildung revolutionärer Klubs und die Verbreitung von Flugblättern überall erhebliche — schon wieder das schöne Wort — Fortschritte macht, daß bedeutende (!) Geldmittel zur Verfügung stehen und ein großer Vorrath von Explosivstoffen vorhanden sei.“

Schrecklich, da könnte es ja wirklich bald „vorgehen“. Und Sie wissen das Alles, Madai, Sie wissen sogar noch mehr? „Neuerdings hat auch der bekannte Agitator Hoffmann wieder Verbindung mit Europa angeknüpft, Weider nach London geschickt und vorgeklagt, hierfür Höllensmaschinen zu beschaffen.“ Das ist das non plus ultra! Hoffmann, der Geld schickt, das ist noch großartiger wie die Höllensmaschinen, das ist so großartig, Herr Madai, daß es Ihnen Niemand glauben wird. Sie sind da etwas zu weit gegangen, Ihre guter Eifer hat Ihnen einen bösen Streich gespielt. Hätten Sie uns von einer Mine unter dem „Hotel du Nord“, wo Ihr Kaiser mit der jugendlichen russischen Gräfin die M—n gestanden verplaudert, oder unter der bekannten kleinen Thüre im Opernhause erzählt, das hätten wir Ihnen gerne geglaubt. Aber daß Hoffmann „neuerdings“ Geld geschickt haben soll, das zu glauben, können Sie nicht von uns verlangen, dafür verlangen wir Beweise.

Nebenbei aber, meinen Sie nicht auch, Herr Madai, daß ein Revolutions-Exekutivkomitee, von dessen Sitz und vorbereitenden Schritten Sie genaue Kenntniss haben, eine recht ungehörliche Sache ist? Nur ein Popanz, um politische Kinder zu erschrecken und — allerdings politische Manipulationen zu motiviren? Ueberlegen Sie sich die Sache einmal, Sie und Ihre stillen Kompagnons!

— Auf die Nr. 12 der „Freiheit“ beruft sich Herr Madai, um zu beweisen, daß der Einfluß dieses Blattes in Berlin noch sehr bedeutend sei. Karrikelästhalber lassen wir hiermit den betr. Passus folgen:

„Dagegen helfen wir ihr“ — der Redaktionsstube des „Sozialdem.“ nämlich — und Jedem, der es sonst noch hören will, mit, daß wir nach wie vor in allen Distrikten Berlins unsere Verbindungen haben und wenn es sich auch als unmöglich erweist, über Vorgänge öffentlich zu berichten, welche in geheimen Organisationen sich abspielen, so können die Herren in Jülich doch überzeugt sein, daß ihnen gerade in Berlin bei den nächsten Wahlen ein Heroldswort bereitet wird, wie sie ihn schwerlich jetzt schon fürchten.“

Und diesen Satz magt Madai heute, nach den Wahlen noch als Beweis anzuführen! Das ist wahrhaftig noch unverschämter, als es bunn ist.

— Aus Sachsen, 2. Dezember schreibt man uns: Die politischen Provokationen am Wahltag in Dresden hatten diese Woche ein Nachspiel vor dem Dresdener Schwurgericht, aber es saßen nicht die Provokateure, sondern ihre Opfer auf der Anklagebank. Die Regierung brauchte nämlich eine Rechtfertigung wegen des Einbauens der Polizei auf das Volk, um sich vor dem Landtage weiß zu waschen. In solchen Zwecken sind nun die Dresdener Richter sehr brauchbar, man versteht sich hinter die Autorität der „unparteiischen Justiz“ und läßt von derselben die politischen Schandthaten sanktioniren. So geschah es hier schon oft, und diesmal, um die Komödie besonders wirksam zu machen, war sogar das Schwurgericht zu dieser erbärmlichen Dienstleistung herangezogen worden. Als Geschworene berief man ein Duzend bornirte Epischüler, welche — durch die belächelte Brandrede des Ministers aufgewiegelt — in den Angeklagten große Unsturzverbrecher sahen, die das Eigenthum des Volkes und den hohen Staatsbehörden auf dem Wege der anstößigen Briefschreibung in contumaciam an's Leben gehen. Die Richter, welche diesen Geschworenen als Leitthema voranschriften, waren von der bekannten Sorte. Mangoldt, der wilde Agitator der konservativen Vereine, besand sich unter ihnen. Die Angeklagten waren keineswegs Sozialdemokraten. Nur harmlose junge Burschen waren es, die man heute als „Anführer“ vor die Riffen schleppte, nachdem man sie im Gesängniß bereits mürbe gemacht hatte. Die unglücklichen jungen Leute, sechs an der Zahl, welche von den Schergen der Gewalt aus dem Kerker geholt und auf die Anklagebank gesetzt wurden, hatten keine Ahnung von der Komödie, die sich hier abspielte sollte. Sie waren niedergedrückt von der Wucht der einschüchternden Thatfache, daß sie eines Strahlenanzugs halber unter den Anführerparagrafen gestellt waren und konnten das Unbegreifliche nicht fassen, um so weniger, als auf dem Dresdener Altmarkt ja schon oft non officiöse Seite weit schlimmere Anklagen prozoyiert wurden, z. B. beim Sedanfest und vor einiger Zeit bei der silbernen Hochzeit des Königs, ohne daß deshalb der Stadtrath als Anführer vor's Schwurgericht kam. Gleich und pitternd saßen die armen Opfer da und wandten hilflos nach ihre Blicke nach dem Publikum der Tribüne hinüber. Aber was der Dresdener Justiz in die Hände fällt, dem ist nicht zu helfen. Es marschirten die ständigen „Beweismittel“ des Dresdener Gerichtshofes, die Gendarmen, auf, und jeder schwur, „so wahr ihm Gott helfe“, daß der oder jener Angeklagte einen aufrührerischen Ruf ausgehoben, oder gar aufrührerisch im Straßenrummel „gedrängt“ habe. Der Polizeioffizier Feldberg will von dem Angeklagten Lehmann umhergerungen und gar an der Kehle gedrückt worden sein, ein Anderer schwur, man habe ihm die „Kiepe“ (Pelz) über dem Kopfe zusammenschlagen wollen u. s. w. Der Staatsanwalt wies in überzeugender Rede nach, welche schrecklichen Folgen es für Staat und Gesellschaft habe, wenn man auf offenem Markte die Kiepen der Gendarmen bedrohe und wie es qualifizierter Aufruhr sei, im Menschengebirge einen Polizei-Offizier zu schublen. Die Angeklagten wurden über den Zusammenhang sehr wenig befragt, und ihre Aussage, daß sie zufällig in's Gewühl gekommen und weder Kiepen eingeschlagen, noch politische Rippen in Gefahr gebracht, fand keine Beachtung. Standen doch die belächelten „Beweismittel“ da, für deren Rechtfertigung die Schuld der Angeklagten nöthig war und die daher Interesse daran hatten, sie durch ihre Jugen-Aussagen hinein-

zureiten. Auch die Vorlegung der Verurtheilten, die in dem Zusammenstehen einer Anzahl Menschen keinen Aufruhr sehen konnten, wurde überhört, während der Umstand, daß der Aufruhr nur auf habräthliche Veranlassung stattfand, weil diesmal nicht wie sonst das Wahleresultat vom Rathhause herab verhängt wurde, gar keine Erwähnung fand. Die Angeklagten wurden verurtheilt, und zwar in unverschämtester Weise. Derjenige, welcher den Polizeioffizier gedrängt haben sollte, bekam ein Jahr neun Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust. Sodann folgten zwei mit je einem Jahr Gesängniß und nur einer kam mit vier Wochen Haft davon. Unter den zu Zuchthaus Verurtheilten befand sich ein junger Mensch von 18 Jahren. Die Geschworenen hatten auch für diesen die Frage der mildernden Umstände verneint. Und das ist begreiflich — man hatte ihnen ja vorgelegen, daß die Angeklagten Sozialdemokraten seien!

— Von anderer Seite wird uns über diese infame Gerichtskomödie geschrieben: Die bürgerlichen Erziehungsklassen, einst Vollwerke der Freiheit, nehmen naturgemäß mit dem Bürgerthum selbst einen reaktionären Charakter an. Am deutlichsten zeigt sich dies bei dem Schwurgericht, diesem Schooßkind des Liberalismus. Im Schwurgericht erblickte das Bürgerthum die sicherste Garantie seiner Herrschaft in Staat und Gesellschaft. Und mit Recht. Der Geschworene, das heißt der Bürger als Richter war unfähig, das Bürgerthum anzugreifen, den Verbrechen des Bürgerthums durch Beurtheilungen entgegenzutreten. Man lese die Geschichte der politischen Prozesse nach 1848. Wo Schwurgerichte existirten, prallte die Verfolgungswuth der reaktionären Regierungen an den Schwurgerichten ab. Die Freisprechung der Steuerverweigerer, eines Falohy und anderer Hochverräter liefert Zeugniß dafür. Aber die veränderte politische Stellung des Bürgerthums hat auch die politische Bedeutung der Schwurgerichte verändert. Aus Vollwerken der bürgerlichen Freiheit sind sie Werkzeuge der Klassen-Unterdrückung geworden. Die Bourgeoisie sitzt nicht mehr vor den Schwurgerichten auf der Anklagebank — sie sitzt darin nur noch als Richterin und sie ist zugleich Anklägerin, denn der Staatsanwalt ist ihr Anwalt; auf der Anklagebank aber sitzen in politischen Prozessen die Gegner der Bourgeoisie, ihre Lobfänger, und diese verurtheilt sie unbestimmt um Recht und Gerechtigkeit, einfach aus Klasseninstinkt, aus Klassenhaß. Wir erinnern an den Leipziger Hochverrathsprozeß von 1872, wo bürgerliche Geschworene die Angeklagten schuldig sprachen, obgleich die Unhaltbarkeit der Anklage klar vor wie die Sonne, und obgleich fast die gesammte juristische Welt eine Verurtheilung auf Grund des Strafgesetzbuches für unmöglich erklärte. — Von Tugendern späterer Prozesse sei hier nicht mehr die Rede. Nur des neuesten sei hier erwähnt, der aber auch der Standeshefte ist. Wir meinen den Prozeß gegen die Dresdener „Anführer“. Man vergegenwärtige sich den Fall: In Dresden ist es seit Beginn der Reichstagswahl Gebrauch, daß am Tage der Wahl Abends das Ergebnis vom Rathhause verkündet wird. Am 27. Oktober d. J. glaubt das Volk allgemein, es werde dem alten Gebrauch nach gehandelt, und Abends strömen die Massen dem Rathhaus zu. Die Polizei, im Bund mit dem reaktionären Stadtrath und Bürgermeister (letzterer der Kandidat der vereinigten Reaktionäre: Stäbel) hatte es anders beschloffen. Die arg- und ahnungslose Menge wurde von Polizeihorden überfallen, brutal auseinander getrieben, viele geprügelt und sonst mißhandelt. Die notwendige Folge waren Menschen-Ansammlungen, und an einzelnen Punkten wildes Gebränge. Unfähig sich vorwärts zu bewegen, von hinten durch die Polizei gedrückt, remonstrirte dieser und jener, und in einigen Fällen nahmen die Demonstrationen einen etwas lebhaften Charakter an. Das ist Alles. In Akten der Widersprechlichkeit kam es nicht — von einem Aufruhr zu reden wäre einfach lächerlich, wenn es nicht eine Tatsache wäre, die den höchsten gesetzlichen Stempel erlangt hat. Die Polizei, die den erwünschten und erstrebten Aufruhr nicht fertig brachte, ersand einen Aufruhr, und die Staatsanwaltschaft gab sich zu diesem Polizei-Substitut her. Eine Handvoll junger Leute, die an nichts anderes gedacht hatten, als das Wahleresultat zu erfahren, und deren ganzes Verbrechen darin bestand, daß sie sich die Brutalitäten der Polizei nicht schmeicheln lassen, wurden als Anführer verhaftet, angeklagt, vor das Schwurgericht verwiesen und drei derselben von den bürgerlichen Geschworenen zu Zuchthaus (ein Jahr fünf Monate bis ein Jahr neun Monate) und fünfjährigem Ehrenverlust verurtheilt — von sonstigen Bestrafungen (bis in die Nähe von einem Jahr Gesängniß) hier nicht zu reden. Für dieses Urtheil gibt es keine andere Bezeichnung, als niederträchtig, infam!

— Die „Norddeutsche Allergemeine“ ist ganz außer sich vor Wonne über das schändliche Urtheil der Dresdener Geschworenen. Die Arbeiterfreundlichkeit von Bismarck's Leiborgan zeigt sich da in ihrer wahren Gestalt.

— Auch bei den Verhandlungen über die Pommer'schen Indenerzeße haben sich die bürgerlichen Geschworenen in ihrer wahren Gestalt gezeigt. Die der Bourgeoisie angehörigen Helfer und Anführer, der Rentier Gering und der Bauunternehmer Luttosch wurden freigesprochen, die verheerenden Arbeiter aber bis zu 1 1/2 Jahren Gesängniß verurtheilt.

— Weitere sozialistische Stimmen über den Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie. Wie unsere Leser bereits aus dem Eingangs verdienstlichen Nachrufe an Jettm-Warz ersehen haben, hat die wackere Haltung der deutschen Arbeiter in der schwierigen Wahlkampagne die in London lebenden geistigen Vorkämpfer unserer Partei im höchsten Grade erfreut. Die Verfasser des kommunistischen Manifestes, denen Niemand einen unbegründeten Optimismus nachsagen wird, schätzen die Bedeutung der so kräftigen Lebensänderung des deutschen Proletariats nach dreijährigem unangefegtem politischen Druck überaus hoch. Und in der That, wen, der die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt, sollte dieser Beweis charakteristischer Ausdauer nicht begeistern?

Aus London geht uns ferner folgende Resolution, gefaßt am 27. Nov., zu Veröffentlichung zu:

„Die Siegesnachrichten über die von der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei behauptete Wahlkampagne veranlassen den kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein, 39 Tottenham Street, seine volle Würdigung und Anerkennung der unter so schwierigen Umständen an den Tag gelegten tapferen Haltung hiermit öffentlich auszusprechen.“

Die in Mailand erscheinende „Pleb“ (das Volk) schreibt, nachdem sie den Aufschwung der französischen Arbeiterbewegung, den glänzenden Ausfall der deutschen Wahlen und die unerwartliche Thätigkeit der russischen Revolutionäre konstatiert hat: „In diesen drei Ländern, darüber kann jetzt kein Zweifel mehr obwalten, werden die mächtigen Strömungen der neuen Ideen, welche bestimmt sind, früher oder später der alten Welt ein neues Gesicht zu geben und sie durch Einrichtungen, welche der neuen Zeit und den neuen Verhältnissen der Menschheit mehr angepaßt sind, zu verklären, am ehesten zur Reife gelangen.“

Der anarchische Revolté sogar hat sich veranlaßt gesehen, die Wahlerfolge der deutschen Sozialdemokratie andenklich zu konstataren; daß sie ihm Veranlassung geben, den Vorkämpfern derselben allerhand Kränkheiten zu sagen, darf uns dabei nicht Wunder nehmen. „Des Lebens ungemessene Freude ward keinem Sterblichen zu Theil.“

Hocherfreulich sind die Nachrichten, welche aus Amerika zu uns gelangen. „Newyorker Volkszeitung“ und „Vorboten“ sind einig in bewundernder Anerkennung des Wahleresultates. In beiden Blättern finden wir bereits Entzungen über neue Sammlungen in Gunsten des Wahlfonds der deutschen Sozialdemokratie. Ueber das Resultat der Stichwahl im dritten und sechsten Berliner Reichstagswahlkreise schreibt Paul Gronau im „Vorboten“: „Ein solches Resultat ohne Presse, ohne

Versammlungen, ohne Geld, unter dem Belagerungsstand — ist großartig. — Hut ab!“

Mit welcher Begeisterung die Arbeiter des Auslandes die Wahlnachrichten der deutschen Sozialdemokratie aufgenommen haben, davon geben die Widmungen, unter welchen die „Streikpioniere“ in unsern slawischen Bruderorganen eintausen, einen drastischen Beweis: „Ik hoop dat Bebel ok in den Rigksdag komt.“ „Eoro aan onze Duitsehe vrienden“ (Eure unsern deutschen Freunden!) u. s. w.

Und, um die Stimmen der sozialistischen Presse, soweit dieselbe uns zu Gesichte kommt, vollständig wiederzugeben, soll auch die Youbocor „Freiheit“ schließlich zu Worte kommen. Das Organ der „revolutionären Anarchisten“ schreibt:

„Je höher das Barometer der Wahllasse stieg, desto zuverlässiger wurden die Herren Regisseure in Leipzig und Jülich. Noch der Kassen-Einnahme schlossen sie auf ein volles Haus am Tage der Wahl und mit gebührenden Baden stellten sie schon lange vor dem entscheidenden Tage einen imposanten Erfolg in sichere Aussicht. Und nun dieser köstliche Misserfolg, diese angestrebte Niederlage am Tage der Wahl!“ „Noch ein solcher Sieg, Ihr Herren, und Ihr seid verloren!“

Kommentar überflüssig.

— Auch nicht Abel. In Eslingen (Württemberg) siegte bei der Gemeinderathwahl die sozialistische Liste mit überwiegender Majorität. Parteigenosse W. Morlok erhielt die höchste Stimmenzahl (1123), nach ihm erhielten Zielmeyer 914, Ganger 904, K. Langold 883 Stimmen. Auch in Jülich (Bayern) haben die vereinigten Demokraten und Sozialisten sowohl bei der Gemeinderathwahl als auch bei der Wahl der Ersatzmänner die Liberalen glänzend geschlagen.

— Warum die französischen Sozialisten den Verstaatlichungsplänen Gambettas kühl gegenübersehen, darüber gibt eine vor Kurzem in der „Angoburger Allgemeine“ zum Abdruck gelangte Korrespondenz Aufschluß. Es heißt da:

„Da Aktien und Obligationen der Eisenbahnen jetzt einen so hohen Kursstand erreicht haben, daß sich das darin angelegte Geld durchschnittlich kaum über 3% verzinst, wird der Staat dieselben jedenfalls nicht billig kaufen. Wie überall bei dergleichen Geschäften, wird die Finanz großen Gewinn dabei einheimfen. Da es sich allein bei den Eisenbahnen um ein Objekt von etwa zwölf Milliarden handelt, darf die Finanz wohl auf eine Milliarde, eher mehr, Gewinn rechnen. Bei den Fusionen zur Bildung der jetzigen sechs großen Bahngesellschaften unter dem Kaiserreich haben die Geldmänner 1 1/2—2 Milliarden verdient, obwohl es sich damals nur um ein Geschäft von zusammen 6—7 Milliarden handelte!“

„Bei der hauptsächlich unter Mitwirkung Allain-Targé's (des jetzigen Finanzministers) bewirkten Verstaatlichung einiger verstaatlichten Bahnen haben die eingeweihten Spekulanten ungefähr zwei Drittel der erhaltenen 426 Millionen als Reingewinn eingestekt.“

„Der Leiter des „Economie Française“, Leroy-Beaulieu, ein gewiegter Finanzmann und Republikaner, schlägt auf eine Milliarde den Vorthell, den die Regierung den Eisenbahngesellschaften in den Schooß gemorren, als sie sie von der Verpflichtung entlass, ihre Netze auszubauen. Mit den 5—6 Milliarden Anleihen werden sie hauptsächlich die Bahnen gebaut, welche den Gesellschaften zu wenig einträglich gewesen. Und dabei soll der Börsenschwindel nicht gedeihen?“

So weit die gut bürgerliche „Angoburger Allgemeine“. Welch großartiger „Staatssozialismus“! Erst steigert man die Erträge der „großen“ Eisenbahnen, indem der Staat ihnen den Ausbau der wenig rentablen Nebenbahnen abnimmt, und dann erst kauft man zu „anknügigen Preisen“ die auf solche Weise in die Höhe geschraubten Aktien der „Großen“ zurück, während nach den französischen Gesetzen die Eisenbahnen nach einem bestimmten Zeitraum unentgeltlich dem Staate anheimfallen. Die Verstaatlichung, wie sie Gambetta betreibt, ist nichts als ein Geldgeschänd an die große Bourgeoisie.

Es gibt nun unter uns Leute, welche diese Uebelstände zugestehen und doch der Verstaatlichung den Vorzug geben, weil sie meinen, daß auf diese Art der Sozialismus schneller zum Durchbruch gelange. Wir theilen diese Ansicht nicht. Die sechs großen Eisenbahngesellschaften Frankreichs (Nord-, Süd-, West-, Ost-, Paris-Lyon-Mittelmeer- und Paris-Orleans-Gesellschaft) sind heute schon gehörig zentralisirt und können durch ein scharfes Eisenbahngesetz noch weiter zentralisirt werden, so daß das französische Volk, wenn es erst so weit ist, der Bourgeoisie ein „Bis hierher und nicht weiter“ zuzurufen, die Verwaltung derselben in die Hand nehmen kann, ohne erst der kostspieligen Vermittelung der Finanzmänner zu bedürfen.

— Aus dem Lande der Infamien, denn anders kann man dieses verhabsbürgerte Oesterreich nicht nennen, ist wieder eine Extraskandale zu vermeiden. In den Kohlengruben der Nordbahn haben die Bergarbeiter — über 1200 an der Zahl — die mit ausgefuchtem Raffinement betriebene Ausbeutung nicht mehr zu ertragen vermocht. Sie stellten daher die Arbeit ein und verlangten neben Verringerung der seitens der Beamten gelübten Extraausbeutung von der Direktion dieses Unternehmens, dessen Aktien 240 Prozent stiegen, eine Vohnerhöhung auf — o die Rimmerfatten! — 1 fl. 10 kr. d. w. s. d. noch nicht zwei Mark täglich. Die erste Antwort war Requirirung von Militär, dem die Arbeiter indess veranlässigerweise keinen Grund zum Einschreiten lieferten. Eine von den Arbeitern an die Generalinspektion der Nordbahn nach Wien entsandte Deputation wurde sofort verhaftet, noch ehe sie in der Lage war, ihre Beschwerden vorzubringen. Mit der Kanaille unterhandeln, das sollte und gerade noch, riefen die Kapitalbesitzer böhmisch aus. Dann wurden Arbeiter aus anderen Gruben herangezogen, nein, herangezogen, um eventuell an Stelle der Streikenden einzuzufahren, und nachdem so den Arbeitern vordemonstrirt war, daß sie absolut recht- und machtlos sind, ihnen gnädigst verattet, sich zu den alten Ausbeuterbedingungen weitersehenden zu lassen. Die Bergweisung im Herzen, durch Noth und Elend entmuthigt, gaben die Aemseln nach, die „Ordnung“ herrscht in Mährisch-Syran und die Aktien der Nordbahn können lustig weiter steigen.

Eine elende Komödie als Nachspiel dieses nur zu alltäglichen und so ganz und gar nicht romantischen Drama's wird sich im Wiener Reichsrathe noch abspielen. Da der Verwaltungsrath der Nordbahn aus liberalen Größen besteht, so wollen die Kerikalen, um die Intervention wegen der Aushubung vollends voll zu machen, die Regierung wegen dieses Streiks „interpelliren“. Da wird denn sehr viel in Arbeiterfreundlichkeit hüben und drüben gehandelt worden, und das Einzige, was für die Arbeiter herausfallen dürfte, wird das Sündenregister sein, welches Liberale und Kerikale sich gegenseitig vorhalten werden.

Indeß, was nützt das? Daß sie von den herrschenden Klassen geschanden werden, wissen die Arbeiter längst. Und ehe sie sich nicht entschließen, mit der ganzen ihnen zu Gebote stehenden Energie eine mächtige Organisation, einen Bund der Armen und Entbeiden zu schaffen, und mit revolutionärer Kraft ihrer Klasse Gehör zu erzwingen, so lange wird die freche Gesellschaft von Landjunkern, Vorbenbaronen und Pfaffen ihr schamloses Freiden ungenirt fortsetzen, das parlamentarische Proletariat, dessen Stimme man unterdrückt, dessen Rechte man vergevvaltigt! Sobald Du nur crasthaft deine Befreiung willst, so wirst du auch die Mittel und Wege zu derselben finden. Aber wollen mußst du, das ist die Hauptsache!

Belgien. In Verviers stürzen die Spinner der Aktien-Gesellschaft La Laitière. In einem Verfalltheil sind die Aktien „En Avant“ (Vorwärts) die Ursache des Streites (Kohnheroberhebung von 15—40 Prozent) und die schmachvolle Haltung der lokalen Presse mit, welche die üblichen Verleumdungen gegen die Arbeiter vom Stapel läßt, und schließt mit folgenden Worten: „Wir hoffen, daß die würdige und ruhige Haltung unserer Genossen durch die allgemeine Solidarität unterstützt werde. Es ist nötig, daß alle diejenigen, welche denken und leiden, welche kämpfen und hoffen, alle diejenigen endlich, welche ein Herz besitzen, ihnen die Bruderhand reichen. Möge Jeder ihnen seinen moralischen und materiellen Beistand leisten, um sie in ihrer gerechten Sache zu unterstützen, denn sie verteidigen ihr Recht auf Existenz.“

Mit schmerzlichem Gefühl haben wir dieses Zirkular gelesen. Nicht nur seines ergreifenden Inhalts wegen, denn derartige Kämpfe haben in dieser „besten aller Welten“ die Arbeiter aller Länder durchzukämpfen, sondern deshalb, weil die französisch-sprechenden belgischen Arbeiter nicht ein Organ mehr zu ihrer Verfügung haben, in welchem sie mit einander verkehren können, so daß sie ihre Zustände zu einem Zirkular nehmen müssen. Das ist Euer Werk, „revolutionärer“ Anarchisten, Ihr dürft stolz darauf sein!

Parteienoffen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Korrespondenzen.

Leipzig, im November. Mit der am 10. im „Hauptquartier der Rothen“ stattgehabten Stichwahl ist die Wahlgeschicklichkeit zu bemerken und schon sehen sie ein, daß ihr „Sieg“ nur der Anfang von ihrem Ende ist. Mit Fleiß und Vorsicht sind wir zu Werke gegangen und der fröhe Kampfmuth, der uns dabei befeuerte, hat insbesondere dazu beigetragen, daß das Resultat ein über alles Erwarten günstiges geworden ist. Thatfache ist, daß wir in der alten Handhabung, wo bis jetzt der nun bankrotte Liberalismus allmächtig hauste, bei der Stichwahl gegen 10,000 Stimmen auf Bebel vereinigt.

Mit welchen Mitteln in unserm Wahlkreise, der gleichfalls in das Gebiet des Belagerungsstaates gehört, die vereinigten Gegner mit einigen Hundert Stimmen den Sieg ausreissen, ist den Lesern des „Sozialdemokrat“ bekannt. Ueber die Personen unserer beiden „gegnerischen“ Gegner wollen wir schweigen, denn wer nicht einmal den Muth und die Fähigkeit hat, seine Prinzipien öffentlich zu verfechten, über den geht man mittelst der Tagesordnung über. Die „geistigen Rassen“, welche gegen uns in's Feld geführt wurden, sind wie gewöhnlich Verleumdung, Maßregelung und Beeinträchtigung gewesen. Daß ein Mann wie Dreyer in einer politischen Nullität unterliegen mußte, ist wieder einmal ein Beweis, daß Best's Macht verflucht. Dem gewählten Reichstagsdeputierten gehören bekanntlich große Landgüter im 13. Wahlkreise, und so ist denn dessen Einfluß, freilich nur in den rein ländlichen Distrikten, bedeutend in's Gewicht gefallen.

Offiziell wird diese „Wahl“ vom Reichstag laßiert werden, und dann denken wir für den gekürzten Vorherbermeister mit Glang den Sieg zu erklämpfen. Dem Leipziger Wahlbürgerorgan haben wir noch für seine Agitation für uns den schuldigen Dank abzusprechen, denn seine unerschütterliche Kampfesweise hat uns sehr viele Stimmen für Bebel verschafft. Die Polizei, welche, als die Wahlen heranzückten, eine ganz besondere Wachsamkeit an den Tag legte, hatte leider einige Male Glück. Durch den Umstand, daß die uniformirten Spindel bei Nacht — der Unheimlichkeit halber — statt der helme Dienstmädchen tragen, gelang es, bei den Massenverbreitungen „Erlasse“ in flagranti“ zu erlangen. Der Tanzsaal waren jedoch so viele, daß jene Schuppen keine Wälder bildeten. Bis jetzt ist unter der Herrschaft des „Kleinen“ nichts erreicht worden, als daß unsere Genossen mit erhöhter Begeisterung und Muth den Kampf gegen die unverschämte Reaktion führen. Ob nun das Ausnahmengesetz halb aufgehoben wird oder nicht, das ist für uns von wenig Belang, von der Verfolgung unseres gemeinsamen Zielles werden wir uns nie abbringen lassen. Der rothe Döbler.

Frankfurt a. M., Mitte November. Zum ersten Male seit der deutsche Reichstag besteht, ist die bürgerliche Demokratie mit der Sozialdemokratie in eine Stichwahl gekommen. Die zwei Parteien der äußersten Opposition standen hier auf dem Platze, und die Spannung der hiesigen Genossen, wie sich wohl die Herren Demokraten in der Wahl ihrer Mittel zu unserer Bekämpfung bemerken würden, dürfte wohl auch außer halb empfanden worden sein. Nun, wir brauchen eigentlich wenig Worte zu machen, um die Situation klar zu stellen. Jener Optimismus, von dem wir uns kurz nach dem ersten Wahlgange befangen ließen, daß wohl diese Herren ebenso handeln würden als wir, indem wir uns sagten: Der Prinzipienkampf ist angesichts der Ausnahmestellung, in welcher wir uns befinden, nicht möglich, einen prinzipiell zugespitzten zu führen, haben wir nach der ziemlich loyalen Haltung der Demokraten im ersten Wahlgange keine Ursache, um nicht den rechts stehenden Parteien ein Schauspiel zu bieten, dieser Optimismus ist gründlich verschwunden. Die „reaktionäre Masse“, welche diese Herren s. B. bei Aufstellung unseres Programms so sehr wärmte, hat hier ihre volle Bekämpfung gefunden. Insonder, wie diese Herren gegen uns getämpft, können es auch die übrigen reaktionären Parteien nicht thun.

Schon lange vor der Wahl hatten die Führer dieser Aushdemokraten hinter den Kulissen mit der Fortschrittler „Kompromißler“, welche letztere hier von der Aufstellung einer eigenen Kandidatur absehen, aber als Äquivalent nicht allein die demokratischen Stimmen in den beiden Wahlkreisen Mainz und Hannau, sondern auch noch die thätigste persönliche Agitation des Herrn v. Sonnemann forderten, um somit das Schwergewicht bei dem Schacher heranzustellen. Nun fingen die Herren an, zu rechnen: bei der letzten Wahl hatten wir Demokraten ca. 7000 Stimmen, die Fortschrittler 2500, also fast 10,000, somit sind wir Sieger im ersten Wahlgange. Ja! in jeder Versammlung wurde von ihnen verhandelt, daß durch diese Konstellation den guten lieben Frankfurter, die Milde erspart bleibe, sich noch einmal an die Urne zu begeben, und ganz allein aus dieser Siegeszuversicht erklärt sich die loyale Haltung dieser Herren bei dem ersten Wahlgange uns gegenüber. Sie hielten uns für ungefährl.

Doch jetzt — das Unglaubliche geschah, Stichwahl zwischen Sonnemann und Döll, dem Millionär und dem Arbeiter, dem Buchdruckermeister und dem Schriftfeger, welche letzterer vor ca. 6 Jahren aus der Drucker des Millionärs aus purer Arbeiterfreundschaft wegen Tarifverweigerung gemahregelt wurde. Ein bitterer Schmerz für das stolze Gemüth eines Löwen. Fast eine volle Woche gedachten die Herren, um sich ob des Verlustes zu sammeln, trotz Kompromiß mit über 2000 hinter dem erhabenen Resultat zurückgeblieben zu sein. Jetzt brachte sie die Angst, ein Mandat zu verlieren, zur Verzweiflung. Jetzt war jedes Mittel recht zu unserer Bekämpfung. Kurzum, die nun kommenden Tage brachten uns eine solche Fülle Gemeinheit, Niedertracht und Heuchelei, daß wir uns stets und ständig sagen müssen, das Proletariat hegt seinen Gegnern gegenüber, trotz der in Jahrhunderten gemachten Erfahrungen, immer und bei jeder Gelegenheit eine zu edle hochherzige Gesinnung. Gar zu leicht läßt es sich von einem heuchlerischen Klammernschanz behören, und immer und immer wieder wird es zu spät gewahr, daß es so und so lange durch den Schein betrogen worden ist. Das Erbärmlichste und Schandlichste von dieser Sippe war die Drohung: „Wenn Döll gewählt wird, bekommt Frankfurt den Belagerungsstaat!“ Durch diese Denunziation beschienigte die Demokratie der Polizei indirekt, daß falls die Mehrheit der hiesigen Wähler ihre durch Verfassung garantiertes Recht dahin ausübten, einen Sozialdemokraten zu ihrem Vertreter zu wählen, sie dies mit Recht durch Verhängung des kleinen Belagerungsstaates zu büßen hätte. Das ist infam!

Zu ihren Zeitungen und Flugblättern war es wohl Dutzend Mal zu lesen: Bezwingt der Fremden, schwere Schädigung von Handel und Gewerbe, Aufgeben des letzten bürgerlichen Freiheiten u. s. w. Nichts war überhaupt zu spüren, was an einen Kampf mit der Demokratie

erinnert hätte. Und grade das gibt uns die Gewißheit, daß die bürgerliche Demokratie hier wohl das letzte Mal gekämpft hat, denn wenn eine Partei, die stets die Freiheit im Munde führt, zu solcher Kampfesweise greift, muß es um das Fundament derselben schlecht bestellt sein. Und in der That hat die Frankfurter Demokratie durch diesen Wahlskampf aufgehört, in erster Linie eine politische Partei zu sein, sie ist die Vertreterin einer Religionsgenossenschaft geworden, die Vertreterin des hiesigen Judenthums. Bei allen bisherigen Wahlkämpfen marschirte dasselbe gespalten. Das orthodoxe unter der Fahne des National-Liberalismus, der andere Theil war demokratisch. Diesmal konnte man in den Kreisen nur hören: „Wir müssen jetzt alle Parteidifferenzen bei Seite setzen, es kommen höhere Interessen in Betracht, vor Allem müssen wir bedenken, daß Sonnemann einer der unsrigen ist.“ Wer nun die Interessengemeinschaft des Judenthums kennt, wird wohl begrifflich finden, daß am Tage der Wahl kein Mann von ihnen schelte, der nicht mit dem Stimmzettel „Leopold Sonnemann“ zugleich für sich ein Beto abgegeben hätte. Die Resultate der einzelnen Bezirke geben uns hierfür den deutlichsten Beweis.

Die bei der Stichwahl ansehend von Seiten der Konservativen auf unseren Kandidaten gefallenen Stimmen (dementsprechend wir uns nach der „Frankf. Ztg.“ schämen müssen, wer laßt da?) rekrutiren sich ausschließlich aus dem Handwerkerstand, der vermöge seiner sozialen Stellung schon im ersten Wahlgange zu uns gekürt hätte, sich aber deshalb zu den Konservativen schlug, weil er deren Versprechungen in Bezug Hebung des Handwerkerstandes zu verlockend gefunden. Ein Theil der Stimmen hat sich wohl auch im Gegensatz zu der zu auffallend hervorgetretenen „Juden-Elga“ zu uns geschlagen, und wir finden in der That hier mehr als einen Erklärungsgrund hierfür. Vor allem schiden wir vorans, daß man sich wohl hüten wird, uns Sozialdemokraten den Antisemiten an den Rockschöß zu hängen, da eine solche Behauptung durch die ganze Parteihaltung entkräftet wäre, da schon die Anführung der Thatfache genügt, daß die Ausdehnung und Lebensfähigkeit der Judenhege an dem gesunden Sinn unserer Berliner Genossen gescheitert ist. Wenn es trotzdem indirekt versucht wurde, so müssen wir es damit zu entschuldigen suchen, daß die „Frankf. Ztg.“ einige Tage nach der Wahl sich wie ein altes Weib in Krämpfen krümmte, und sich mit den Thatfachen durchaus nicht zurecht finden konnte. Und Thatfache ist, daß der Einfluß, welchen das Judentum auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, insbesondere des Handels und des Gewerbes gerade hier in Frankfurt ausübt, ein ungleich größeres ist, als anderswo. Die Schmarogperksionen der Industrie, welche wesentlich zur Bereicherung des Produzenten (Kommissionäre, Makler u. s. w.) wachsen mit dem Niedergang derselben. Der Bücher hat sich hier zu einer Spezialität entwickelt. Diese theilweisen Ursachen, die ein Jude selbst in der Rede seiner Broschüre: „Was müssen wir Juden thun?“ anerkennt, indem er sagt: „Zugleich und hauptsächlich will sie (die Broschüre) meinen Stammesgenossen darlegen, wie wir durch so manche wirtschaftliche, politische und andere Fehler der Hege größtentheils selbst die Wege ebneten — und daß sie dem Genossen denn doch eine Mahnung ist, wie sehr das Judentum noch weiterer Reformirung bedarf, soll es dauernd und endgültig in der großen Gemüthlichkeit Kaufleute finden, die ihm von vornherein mit so viel unheimlichem Haß und Mißtrauen entgegentritt.“ — Nun, diese hier durch einen Juden ausgesprochene Wahrheiten wurden in Frankfurt von den Geschäftleuten und kleinen Handwerkern oft genug schwer empfunden, und gerade der auf so hohem Fuß stehenden „Frankf. Ztg.“ wäre es anzurathen, obiges sich in den demokratischen Hinfällen einzuprägen und auch endlich einmal Hand anzulegen, um diese „Fehler“ des Judenthums mit ausmerzen zu lassen. — Das Resultat bei der Stichwahl war: Genosse Döll 8002, Sonnemann 9146. Niemand unverschämter leitete S. gleich nach Verhängung des Resultats im demokratischen Verein seinen Rückzug für das nächste Mal ein. „Man möge sich künftig bei der Aufstellung des Kandidaten vorsehen und nicht einen wählen, der einer Zeitung vorstehe, da derselbe für das, was seit 20 Jahren dort geschrieben, verantwortlich gemacht werde.“ Der Fuchs in der Fabel, dem die Trauben zu hoch hängen! — Doch zum Schluß noch etwas von unserer Thätigkeit. Zu Anfang der Wahlbewegung wurde jede Versammlung, sobald sich einer der unsrigen zum Worte meldete, politisch geschlossen. Nur in den zwei letzten Versammlungen gelang es den unsrigen, zu sprechen. Die öffentliche Thätigkeit war also auf ein Minimum reduziert, desto intensiver aber die private. Jeder Genosse für sich war ein Agitator. Und wenn wir auf die Wahlbewegung zurückblicken, können wir uns sagen, wir haben unsere Schuldigkeit gethan (genügl. Ann. der Red.), und ist uns zugleich ein Sporn für fernere fräftige Thätigkeit. Der hiesige National-Liberalismus hat sich bereits in das Unvermeidliche fügen müssen, auch der Demokratie wird es nicht erspart bleiben, wenn sie dies vielleicht auch mit weniger Resignation als erstere vermag. P.-r.

Aus dem 21. sächsischen Wahlkreise. Ich muß meinen Bericht mit einer Trauerkunde eröffnen. Ein alter Kämpfer für die Volkssache, der die Jahre von 1848 bis zu seinem Tode harrte, ist aus unserer Mitte geschieden. Unser treuer Genosse, Schumacher Gottlieb Weigelt, 1848 Kommandant der hiesigen Kommunalgarde, ist im Alter von 67 Jahren gestorben. Ehre seinem Andenken!

Was das Wahleresultat des 21. sächsischen Wahlkreises anbelangt, so haben wir auf unseren lieben Kandidaten, F. H. Wiemer, nur etwas über 1000 Stimmen vereinigen können, weil wir das Material (Wahlanfrage und Stimmzettel) zu spät erhielten. Bei der vorigen Wahl hatten wir es bereits auf 2400 Stimmen gebracht, die wir wenigstens bei rechtzeitiger Agitation aus erhalten konnten. Unser Wahlkreis ist aus weit zerstreuten Ortschaften zusammengesetzt, so daß nur an einem Theile derselben Agitation Rathgegeben hat und stattfinden konnte.

Und wie überall, so strömt auch hier das (Kunzberger) Kleeblättchen von Schimpereien und Verleumdungen der Sozialdemokratie; und da die Gegenagitation fehlt, so sind die abentheuerlichsten Ansichten über unsere Partei verbreitet. Nun, zum Glück steht aber noch Schildwache da, die ihren Posten nicht verlassen wird. Mit sozialdemokratischem Gruß!

Deffau, 11. November. Endlich wollen auch wir einmal etwas von uns hören lassen. Wenn wir im diesmaligen Wahlkampf auch keine hohe Stimmenzahl erreicht haben, so haben wir doch gezeigt, daß auf uns noch zu rechnen ist. Wir hatten Bruno Geiser als Kandidat aufgestellt und es ohne Agitation auf 350 Stimmen gebracht, obwohl das Reichthum, der „Anhaltische Staatsanzeiger“, seine Annonce von uns aufnahm. Wir hätten indeß noch mehr Stimmen erzielt, wenn hier nicht ein gewisser Franz Schumann, der allgemein als Sozialist galt, für den Sozialisten Dr. Sello agitirt hätte. Wir warnen hiermit öffentlich vor diesem F. Schumann, da wir ihn im Verdacht haben, mit der Polizei in Verbindung zu stehen. Ueber noch einige derartige „Freunde“, wie F. Schumann, werden wir später berichten.

Die Genossen Deffau's erlauben wir aber hermit, rechtzeitig ihr Abonnement zu reguliren. Ein Jeder sei seiner Pflicht eingedenk!

Zur Beachtung für alle Holzarbeiter. Ein ausführlicher Aufruf an alle Schreiner und verwandten Berufs-genossen der Schweiz zur Gründung eines schweizerischen Holzarbeiterverbandes geht uns zur Veröffentlichung zu. Der Innepflichtige Raum unseres Blattes verbietet uns eine unerkürzte Wiedergabe desselben, wir beschließen uns daher darauf, alle Interessenten anzufordern, neue Adressen an Ehr. Waidlinger, Schreiner in Frauenfeld einzusenden. Der Aufruf ist unterzeichnet von Vertretern aus Kadorf, Frauenfeld, Wyl und Zürich (Schreiner-Tagverein). Die Zweckmäßigkeit geplanten Verbandes liegt auf der Hand und wünschen wir demselben von Herzen den besten Erfolg.

Warnung.

Im Oldenburgischen hat sich vor Kurzem der bekannte Schwindler Trieburg wieder bemerklich gemacht; wir machen unsere Genossen daher zum frühmöglichen Male auf dieses Individuum aufmerksam. Dasselbe ist seines Gewerbes Makler und liebt es, unter falschem Namen anzutreten.

Auch warnen wir vor einem gewissen Goldberg, Tapezirec.

Letzte Nachrichten.

Ein Fluch dem Leipziger „Reichsgericht“! Die Ordnungshaltenden haben ihr schändliches Urtheil vom 21. Oktober noch über-

troffen. Der aus Berlin ausgewiesene Schumacher Bürger ist, lediglich weil er das Moskische Flugblatt „Eublich“ in Frankfurt am Main öffentlich angeschlagen haben soll — der einzige Belastungszeuge, Aufseher Ruch sagie sogar ausdrücklich aus, daß Bürger das Flugblatt nicht selbst aufgestellt habe, — am 5. Dezember nach 27 m d e n t l i c h e r Untersuchungshaft wegen „Vorbereitung zum Hochverrath“, „Majestätsbeleidigung“ und „Vergehen gegen das Sozialistengesetz“ zu drei Jahren Zuchthaus und vier Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt worden.

Das ist der Gipfel der Infamie. Die Glenden, welche mit kalter, grausamer Ueberlegung dieses dem primitivsten Rechtsgefühl ins Gesicht schlagende Urtheil fällen konnten, sind noch zehnmal verächtlicher, als die Verfallener Blutthunde. Für diese gibt wohl wenigstens die Erbitterung des Kampfes eine Erklärung ihrer Schenstlichkeiten, die Rechtsprofessoren von Leipzig aber brüsten sich mit erhabelter Objektivität, um ihre freierherrlichen Liebedienerei desto unverfälschter schreien zu können. Wenn muß bei solcher Schurkerei das Blut nicht kochen, wessen Faust sich nicht kampfmüthig ballen gegenüber so frecher Verhöhnung von Recht und Gerechtigkeit? Schmach und Schande über die, welche nicht Alles einsehen, einer solchen Schandwirthschaft so schnell als möglich ein Ende zu machen!

Der Rechtsanwalt Anger hatte fünf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust, die höchste zulässige Strafe beantragt. Was die Richter anbetrifft, so veröffentlichen die Zeitungen nur den Namen des Vorsitzenden Dreikmann. Wir werden indeß dafür sorgen, daß auch die Mitschuldigen dieses sauberen Ehrenmannes an den Schandpfahl geschlagen werden.

Im letzten Augenblick erhalten wir noch einen ausführlichen Bericht aus Wien über einen blutigen Konflikt zwischen Arbeitern (Tischlern und Anstreichern) und Polizei, wobei der Polizeikommissär Kabley von den erregten Arbeitern lebensgefährlich verwundet sein soll. Zweifelsobne haben das schmachvolle Vorgehen gegen die streikenden Bergleute, die fortwährenden Versammlungsausschlüssen und Verbote die Wuth der Arbeiter bis auf's Aeußerste gesteigert. Die Ordnungshände sucht sich durch Massenverhaftungen, denen Massenverurtheilungen folgen werden, zu rächen. Wir bedauern die Unglücklichen, welche ihrer Rachsucht zum Opfer fallen von Herzen, hoffentlich ist der Tag nicht mehr fern, wo die wahren Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Warnung.

Aus New-York geht uns folgendes Telegramm zu: Zigarren-fortirer liegen im Streik, Junge fernhalten!

Briefkasten

der Redaktion: Es sind uns erfreulicherweise soviel mehr oder minder ausführliche Berichte über den Wahlkampf im Reich zugegangen, daß wir sie nur sehr allmählig zum Abdruck bringen können. Jedem wir den verschiedenen Einsendern dies zur Kenntnissnahme mittheilen, sagen wir ihnen zugleich unsern besten Dank für ihren Eifer. Nur so kann das Fortleben unserer Aufgabe, ein Gesamtbild der Parteibewegung zu geben, nachkommen.

der Expedition: Jürg. Gedm. Abzn.: S.-K. vom 29/11. erh. Nachfr. bewirkt. — Arne: Bl. v. 30/11. erh. Mehrbeziehung. folgt. Weiteres erwartet. — Sch. Hbb. O.: Bl. 4/10 Ab. 4. Ca. erh. Alles beachtet. — O. B. Lyon: Fr. 7/50 Ab. 1. Ca. 82 u. Wds. R. d. d. erh. — Sings. B. St. Louis: Fr. 51,80 k. Ca. erh. — Bedacht: Bl. 3.— 1. Ca. 82 u. Bl. 3.— f. Wds. d. d. erh. Beiträge verwenden. — h. n.: Alles abgeg. Trotzdem Ersatz abgeh. Vermittelt siehe in Nr. 41. Bl. 3.— für E. Dehr. 81 und Jan.-Febr. 82 eingetroffen. — Th. L. B.: Bl. 5.— k. Ca. Ab. gutgebr. Nachfr. unmggl. Am 1/12. brh. mehr. — Nachschau: Bl. v. 1/12. vor Theilnahm. noch erh. Alles beachtet. — St. H. K.: Neuer eingereicht. Weitere 20 pr. 82 vorgemerkt. — Roiber: Senden vorläufig 1 Expl. gratis an ausgegebene Adr. Ab. 82 nach Borschr. — Rasi: Kreuzband kostet nicht bloß 3, sondern 5 Fig. Bl. am 26/11. mehr. — Himmel: — — — K. J. C.: Bl. 3.— Ab. 4. Ca. 81 erh. Weiteres, sobald wir wissen, ob „gut Freund“. — K. H. B.: Bl. 3/40 Ab. Deq. 81 bis Ende Febr. 82 u. Schfr. erh. Baarvorschuß, unerläßl. Edg. nur auf Ihr Risiko. — Wien: Abgeändert. Irethum durch Sie selbst verschuldet. — Rf. Remurr: Fehlgelassen, der Heilige war ein Franziskaner Mönche, aber nicht die, bei der du die Stiefel vergessen hast, aller Sünden! — Andete G.: Bl. 2/30. Ab. Deq. u. Wds. erh. E's Adr. Bfstr. langst erloschen! — B. Rte. London: „Gibt'se Villain“ präparirt jetzt noch stärkere „Dredmittel“ — ihr Patient muß demnach doch eine sehr gute Natur haben. —

Zu Weihnachten!

König Mamon und die Freiheit.

Ein sinnreiches hübsches Bilderbuch. Mit Text (für größere Kinder) elegant ausgestattet und solid gebunden: Preis Fr. 1. 60 = M. 1. 30. Ohne Text (für kleinere Kinder) mit passenden Reimen unter den Bildern, gleichfalls hübsch ausgestattet und gebunden: Preis Fr. —,75 = M. —,50.

Das Buchlein wurde seines wirklichen Inhaltes wegen in Deutschland verboten. Die Tyrannei des Mammon, der Hunger, die Heuchelei, Roth, Haß, Reib, Weiz, Habgucht, Raube, Krieg finden darin in Wort und Bild eine wirksame Darstellung, um Haß und Verachtung gegen das Schlechte und Niedrige im kindlichen Gemüthe anzuregen.

Nicht minder werden Freiheit, Liebe, Frieden, Heldenmuth, Gerechtigkeit, Wahrheit, Fleiß, Wissenschaft, Einigkeit und Wohlstand geschildert und gepriesen. Lieferung erfolgt franco für Rabatt. Bei Mehrfachnahme weiterer Nachlaß. Nur noch mäßiger Vorrath vorhanden.

Als ebenso geeignet zu Weihnachtsgeschenken, für Vereins- und Privatbibliotheken empfehlen wir die in Deutschland verbotenen Jahrgänge der

Neue Welt 1876, 1877, 1878.

Preis pro Jahrgang komplet brochirt erh. Porto Fr. 5.— = M. 4.— Die Expedition des „Sozialdemokrat“ und Die Volksbuchhandlung Göttingen-Zürich, Kaffeehofstraße 3.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein

49 Tottenham Street, Tottenham Court Road. Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten. Der Vorstand.

Schwarz, Vereinsbuchdruckeri Göttingen-Zürich.